

**Auszug aus der VhU-Programmatik zu „Haushalt, Steuern, Währung“
vom 25. Oktober 2015**

Aufgaben kritisch prüfen und Ausgaben begrenzen.

Der Schwerpunkt der Konsolidierung ist dadurch zu schaffen, dass die Ausgaben des Landes langsamer wachsen als die Einnahmen. Damit die Einnahmen kräftig steigen, muss sich die Landespolitik zum einen für eine kluge Wachstumspolitik sowohl in Hessen als auch im Bund und in der EU einsetzen und zum anderen gegen wachstumsschadliche Steuer- und Abgabenerhöhungen eintreten. Insgesamt gilt: Der Defizitabbau muss vor allem über die Ausgabenseite voran gebracht werden.

Deutliche Ausgabenkürzungen in bestehenden Strukturen sind erforderlich und möglich, damit die Gesamtausgaben weniger stark wachsen als die Gesamteinnahmen.

Die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ist so drängend, dass prinzipiell kein Haushaltsbereich und kein Ressort ausgenommen werden darf.

Die Personalausgaben des Landes von 8,9 Mrd. Euro (Soll 2015) sind der größte Einzelposten des Landesetats. Sie sollten nicht weiter wie bisher (+1,2 Prozent in 2015 Soll) jährlich ansteigen, sondern bis zum Erreichen des Ziels Null-Neuverschuldung in ihrer Höhe gedeckelt werden. Dazu können eine restriktive Wiederbesetzung freier Stellen, der Abbau von Stellen sowie die – zurecht beschlossene – Begrenzung des Anstiegs der Gehälter der Beamten auf 1 Prozent pro Jahr während der 19. Legislaturperiode dienen. Die automatischen altersstufenbezogenen Gehaltssteigerungen für alle Beamten sollten abgeschafft werden. Der finanzielle Spielraum könnte zur Hälfte für Leistungsanreize der Beamten und zur Hälfte für die Haushaltskonsolidierung bzw. für den späteren Abbau des Schuldenstands eingesetzt werden.

Die aus dem Landesetat finanzierten Subventionen in Höhe von knapp 1,5 Mrd. Euro sollten auch zum Defizitabbau beitragen.

In Bereichen, in denen der demografische Wandel Ausgabenreduktionen ermöglicht, sollte dieser finanzielle Spielraum teilweise dazu genutzt werden, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen – auch in den Ressorts Bildung und Innere Sicherheit.

Wegen sinkender Schülerzahlen ist ab 2020 per Saldo mit einem finanziellen Handlungsspielraum in Höhe von 300 Mio. Euro zu rechnen: Falls die Politik entscheiden sollte, diesen Spielraum zur Hälfte im Bildungssystem und zur Hälfte zum Defizitabbau einzuplanen, könnte das Bildungsressort einen Beitrag von 150 Mio. Euro zur Konsolidierung leisten. Trotzdem könnten und sollten die Bildungsausgaben pro Schüler erheblich gesteigert werden.

Die Ausgaben für die Polizei sollten schrittweise auf das Niveau des Durchschnitts der westlichen Bundesländer abgesenkt werden.

Das Land sollte insbesondere die Personalkosten in Ministerien und Regierungspräsidien reduzieren. Der im Vergleich mit den westlichen Flächenländern große Ausgabenuberhang Hessens im Bereich der politischen Führung im Jahr 2012 in Höhe von 190 Mio. Euro p.a. sollte bis 2020 mindestens zur Hälfte abgebaut werden.

Es müssen alle Chancen genutzt werden, um den Länderfinanzausgleich neu zu gestalten. Im Jahr 2013 zahlte Hessen 1,7 Mrd. Euro in den LFA. Für steuerschwache Bundesländer bestehen nur wenige Anreize, ihre Haushaltssituation aus eigener Kraft zu verbessern. Steuerstarken Ländern verbleiben zu wenige Einnahmen zur eigenen Verfügung. Sie müssen teilweise neue Schulden aufnehmen, um die Ausgleichszahlungen zu leisten. Da auf

dem Verhandlungsweg die Überbelastung der Geberländer nicht vermindert werden konnte, ist es richtig, dass Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den LFA klagt.

Neben Ausgabenbegrenzungen sind Effizienzsteigerungen in der Erbringung öffentlicher Dienste unverzichtbar für die Konsolidierung. Hier muss die Landesregierung mehr Anstrengungen unternehmen als bisher und z. B. an positive Reformen wie die der Straßenbauverwaltung („Hessen Mobil“) und der Amtsgerichte anknüpfen.

Der Defizitabbau darf nicht durch Reduktion der Investitionen, das heißt nicht zu Lasten des staatlichen Sachvermögens, erfolgen. Denn seit Jahren sinkt der Wert der Gebäude und Verkehrswege im öffentlichen Sektor, da die Abschreibungen die Investitionen übersteigen. Ein Grund ist die Verringerung der Investitionsausgaben des Landes Hessen von durchschnittlich 1,9 Mrd. Euro in den Jahren 2013 und 2014 (nach jeweils knapp 2,1 Mrd. Euro in 2010 und 2012). Zumindest den Erhaltungsinvestitionen sollte mittels einer Infrastrukturerhaltungsregel im Landesetat Vorrang eingeräumt werden.

Um politische Mehrheiten für die erforderlichen Erhaltungsinvestitionen zu gewährleisten, ist mehr Problembewusstsein bei den Bürgern und dazu mehr Transparenz über das öffentliche Sachvermögen nötig. Die Landesregierung sollte deshalb im jährlichen Geschäftsbericht des Landes das Sachvermögen des Landes Hessen, den Stand und die Veränderungen der einzelnen Vermögenswerte des Landes sowie die Investitionen und Abschreibungen ausführlicher, d.h. detailliert auf Landkreisebene, erläutern. Dazu sollte ein Sachvermögensbericht erstellt werden.

Um Spekulationsrisiken strikt zu vermeiden, darf das Land Hessen auch künftig Kredite in ausländischen Währungen nur dann aufnehmen, wenn das Wechselkursrisiko vollständig durch Swaps abgesichert ist und die Kosten des Fremdwährungskredits insgesamt niedriger sind als bei einem Kredit in Euro. Es ist richtig, dass das Land den Kommunen die Aufnahme spekulativer (nicht abgesicherter) Fremdwährungskredite verbietet. Auch beim Einsatz weiterer derivativer Finanzinstrumente (z. B. Zinsswaps) dürfen Land und Kommunen per Saldo keine spekulativen Geschäfte tätigen.